

Basler Forschungsinstitut sieht den Wohlstand in Gefahr

Eine Studie über die Folgen des Scheiterns des Rahmenabkommens prognostiziert teils dramatische Auswirkungen auf die Region.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut BAK Basel hat in einer Studie untersucht, welche möglichen Konsequenzen das Scheitern des Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz für die Region Oberrhein haben könnte. Die Auswirkungen sind beträchtlich und letztlich wäre vor allem in der Nordwestschweiz, aber auch in der übrigen Oberrheinregion, der Wohlstand in Gefahr.

BAK hat sich in der Analyse dabei auf die für den Oberrhein wichtigsten Abkommen der Bilateralen Verträge fokussiert: die Personenfreizügigkeit, den Abbau der technischen Handelshemmnisse und die Forschungszusammenarbeit. In Auftrag gegeben hat die Studie das Ministerium für Wirtschaft,

Arbeit und Tourismus, Baden-Württemberg. Sie wurde gestern im Rahmen einer Videokonferenz der trinationalen Oberrheinkonferenz vorgestellt.

Bei der Personenfreizügigkeit seien zwar kurzfristig kaum Nachteile zu erwarten, mittel- oder längerfristig wäre aber eine Kündigung des Abkommens möglich. «Dies hätte grosse Auswirkungen für den Oberrhein.» Durch das Abkommen waren die Regulierungen für Grenzgehende schrittweise bis 2007 liberalisiert worden. So gibt es keine tägliche Rückkehrpflicht mehr, auch der Grenzwohnsitz ist nicht mehr nötig. Durch die Reduktion der Grenzgehenden hätte dies negative Effekte auf die Verfügbarkeit von Arbeitskräften, «womit

Bessere Planung gefordert

Die Oberrheinkonferenz (ORK) bekräftigte gestern die Ergebnisse eines trinationalen Pandemie-Kongresses von Ende November. In einer Medienmitteilung setzt sie sich für die Erhebung vergleichbarer Daten für die grenzüberschreitende Ermittlung von Kontaktpersonen bei Infektionskrankheiten und eine stärkere Vernetzung von Leitstellen und Krisenstäben ein. Verbessert werden soll auch die Kooperation von Sportvereinen. Im kommenden Jahr übernimmt der Basler Regierungspräsident Beat Jans die ORK-Präsidentschaft. (psc)

das Wachstumspotenzial limitiert wird», heisst es weiter in der Studie. Derzeit arbeiten in der Nordwestschweiz 34 200 Personen aus dem Elsass und 36 200 aus Südbaden. Weitere Folge: «Auch der Dienstleistungssektor wäre durch neue Hürden betroffen, was sich sowohl für die anbietenden Unternehmen wie auch auf die Nachfrage negativ auswirkt.»

Ausschluss aus Forschung habe «dramatische» Folgen

Bereits jetzt würden sich die Nachteile effektiv zeigen, dass die Schweiz nur noch als Drittstaat am weltweit grössten Forschungsförderungsprojekt Horizon Europe teilnehmen kann. Leider würden darunter in der Forschung die Zusammenarbeit

über die Grenzen wesentlich erschwert – keine ideale Voraussetzungen für die Kooperation der Universitäten am Oberrhein im Rahmen der Struktur Eucor. Die Schlussfolgerung hat es in sich: «Da Forschung und Innovation die Triebfedern des Wachstums und Wohlstands sind, insbesondere in einer wohlhabenden und von Hightech geprägten Region wie dem Oberrhein, wäre eine solche Schwächung des regionalen Innovationssystems durchaus als dramatisch anzusehen.»

Die Erosion über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen habe im Bereich der Medizinaltechnik schon eingesetzt. «Wird die Situation nicht gelöst, wird dies immer mehr Produktkategorien

betreffen. Dies geht einher mit Preis- und Kostensteigerungen und einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit.» Nachteile hiervon hätten vor allem Schweizer Produzierende, zu rechnen sei auch mit höheren Preisen und geringerer Auswahl.

Die intensivsten und breitesten Konsequenzen erwartet BAK im Schweizer Teil der Oberrheinregion, nicht ganz verschont blieben aber auch die EU-Teile. Fazit: «Alles in allem lässt sich aus der vorliegenden Analyse schlussfolgern, dass die Auswirkungen breit gefächert ausfallen dürften und erheblich das Innovations- und Wachstumspotenzial des Oberrheins schmälern könnten.»

Peter Schenk